

# Tages Anzeiger

Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Donnerstag  
15. Dezember 2016

124. Jahrgang Nr. 293  
Fr. 3.80, Ausland: € 3.50 / AZ 8021 Zürich

**Tierische Helfer**  
Unterwegs mit  
Sonden im Dienste  
der Forschung.

42

**Geschenktipp**  
Mit Sportbüchern  
unterm Baum  
der Beste sein.

30, 31

**Céline Sciamma**  
Die Regisseurin  
ist Fachfrau  
für Jugenddramen.

33



**Jacky Donatz**  
Der Starkoch zum  
Abschied im Video:  
17 schnelle Fragen.  
tagesanzeiger.ch

## Blocher lanciert Rettungsplan für Schweizer Stromkonzerne

Der SVP-Strategiechef will Kraftwerke subventionieren und ihren Verkauf ins Ausland verbieten.

Raphaëla Birrer und Markus Häfliger  
Bern

Das Stimmvolk hat es Ende November abgelehnt, bis 2029 alle Schweizer Atomkraftwerke (AKW) abzuschalten. Damit wird die Frage dringlich, wie die AKW-Betreiber ihre finanziellen Probleme lösen. Jetzt ruft Christoph Blocher nach einer Staatsintervention: «Die Schweiz muss alle Stromproduzenten so lange gleich hoch subventionieren, bis auch das Ausland aufhört damit.» Der Strategiechef der SVP will explizit auch den Atomstrom subventionieren. Für eine Übergangszeit gebe es dazu «keine tragbare Alternative», sagt Blocher im Interview mit dem TA.

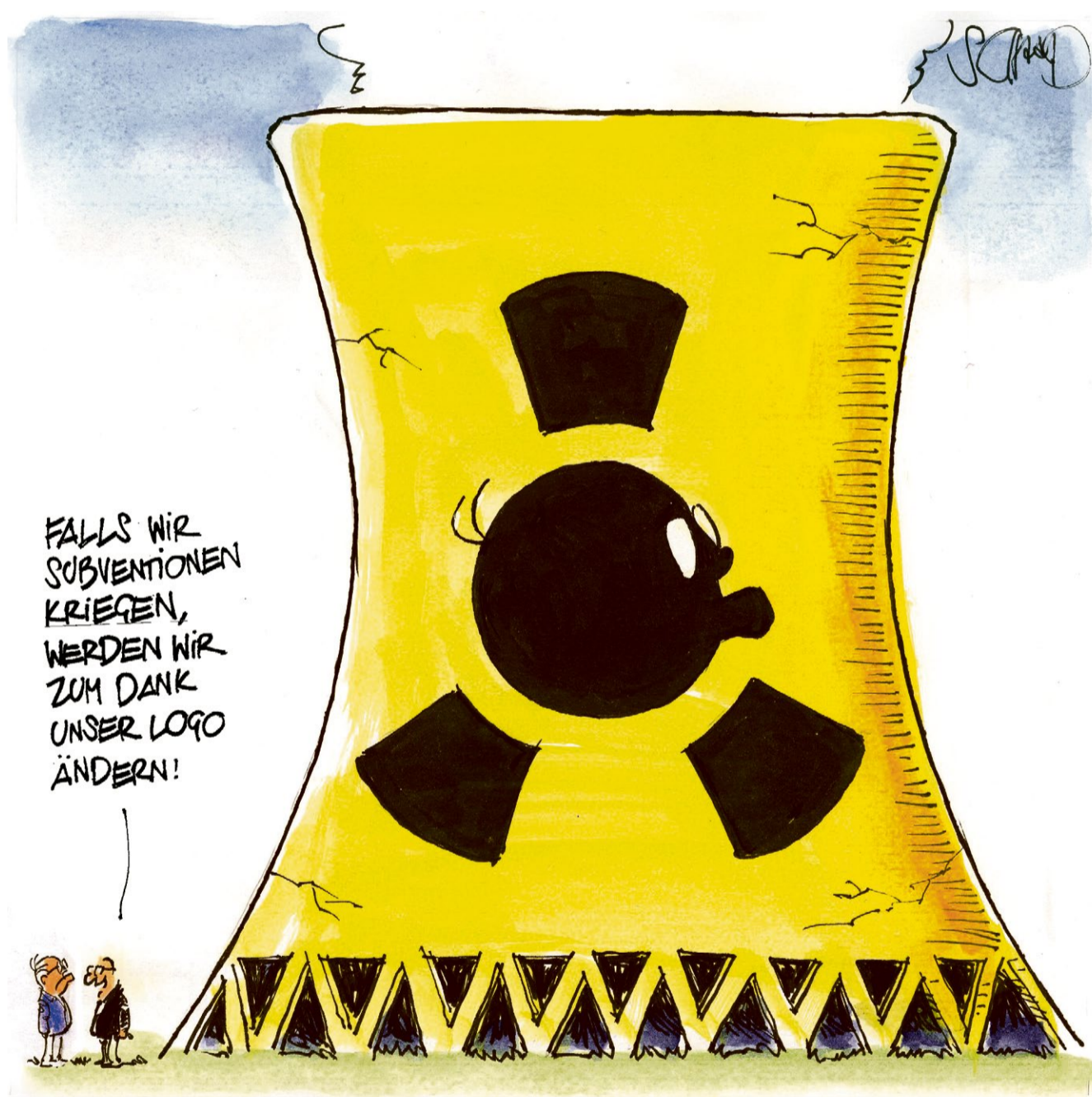
Weil Deutschland die erneuerbaren Energien stark unterstützt, wird der Schweizer Markt derzeit mit Billigstrom geflutet. Hiesige Produzenten, allen voran Axpo und Alpiq, verlieren mit ihren Atom- und Wasserkraftwerken darum fast täglich Geld. Blocher beruft sich auf Alpiq-Präsident Jens Alder. Dieser hatte unlängst erklärt, er habe erfolglos versucht, seine AKW-Beteiligungen ins Ausland zu verschicken. Alders Aussage sei «ein Warnruf an die Politik».

Dass Blocher als Bürgerlicher eine Staatsintervention befürwortet, begründet er mit der Unabhängigkeit der Schweiz vom Ausland. Ähnlich wie in der Landwirtschaft habe die Schweiz auch beim Strom «ein vitales Interesse an einer minimalen Selbstversorgung».

### Eine ungewöhnliche Allianz

Als zweite Massnahme fordert Blocher ein Verbot, Schweizer Kraftwerke ins Ausland zu verkaufen. Damit reagiert er auf die Ankündigung des Alpiq-Konzerns, 49 Prozent seines Wasserkraft-Portfolios zu veräussern. In diesem Punkt könnte es zu einer Allianz der SVP mit der SP kommen. SP-Nationalrätin Jacqueline Badran hat bereits gefordert, Schweizer Kraftwerke der Lex Koller zu unterstellen. «Diese Idee geht in die richtige Richtung», sagt Blocher.

Wegen der tiefen Strompreise produzieren Schweizer Kraftwerke derzeit zum Teil unterhalb ihrer Gestehungskosten. Dazu kommen die zunehmenden Investitionen in die Sicherheit der AKW. Und schliesslich müssen die Betreiber



die milliardenschweren Stilllegungs- und Entsorgungsfonds öffnen. Heute präsentieren die beiden Fonds ihre neuste Kostenstudie. Die letzte Schätzung von 2011 veranschlagt für Entsorgung und Stilllegung der AKW total 20,6 Milliarden Fran-

ken. Beobachter erwarten, dass die Fonds diese Schätzung substanziell nach oben korrigieren werden.

Blocher äussert sich auch zur Umsetzung der Zuwanderungsinitiative. Er spricht sich gegen ein Referendum der

SVP aus, weil dies in diesem Fall das falsche politische Instrument sei. Zur möglichen Lancierung einer neuen Volksinitiative äussert sich Blocher noch vage. Er sagt jedoch: «Wir lassen in dieser Frage bestimmt nicht locker.» - Seite 3

## Syrische Regierung lehnt Waffenruhe ab

Die erneute Hoffnung auf eine Feuerpause war gestern nur von kurzer Dauer. Offenbar scheiterte die Vereinbarung an der syrischen Regierung und ihren Verbündeten. Eine regierungsnah Quelle sagte, Damaskus habe Einwände, weil statt 2000 Kämpfern nun «mehr als 10 000 Menschen» die Rebellengebiete verlassen sollten. Zudem habe die Regierung eine Namensliste gefordert, um zu prüfen, ob Geiseln oder Häftlinge darunter sind. Rebellen hatten zuvor eine Waffenruhe angekündigt, die noch in der Nacht beginnen sollte.

Russland, die Türkei und der Iran wollen nach der fast vollständigen Rückeroberung von Aleppo durch die syrischen Regierungstruppen am 27. Dezember in Moskau über eine Lösung des Syrien-Kriegs beraten. Angesichts der verheerenden Lage hat der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan bereits mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin telefoniert. Beide hätten die Notwendigkeit einer Waffenruhe unterstrichen, meldete die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu.

Nahe einer Brücke, die vom Regime kontrolliert wurde, starben am frühen Abend bei einem Selbstmordattentat mit einer Autobombe mindestens zehn Menschen. Die Waffenruhe vom Dienstag war da längst gescheitert, die syrische Regierung hatte alle Busse, die zur Evakuierung bereitgestellt worden waren, wieder zurückbeordert. (Reuters) Analyse und Bericht Seite 7

## Migros-Tochter Digitec flirtet mit Berlin

Der grösste Schweizer Onlinehändler Digitec plant einen massiven Stellenausbau. Dieser könnte aber nicht nur in Zürich erfolgen. «Zusätzlich erwägen wir die Option, die Software-Entwicklung durch einen zweiten Entwicklungsstandort in Berlin zu verstärken», so Digitec-Sprecherin Stefanie Hynek. Der Schritt habe nicht nur mit dem Mangel an Fachkräften in der Schweiz zu tun, sondern erfolge aus mehreren Gründen. Weitere Details nennt die Migros-Tochterfirma nicht. Digitecs Pläne lassen in der Informatikbranche aufhorchen. «Wenn nicht genügend Ressourcen im Inland vorhanden sind, dann zieht das Unternehmen eben weiter», sagt Thomas Flatt, Präsident des IT-Verbands SwissICT. (jb/map) - Seite 9

### Service

Börse	10	Fernsehprogramme	38
Leserbriefe	15	Rätsel	40
Todesanzeigen	27	Wetter	41
Stellenanzeigen	28		

**Abo-Service** 044 404 64 64

www.tagesanzeiger.ch/abo

**Inserate** 044 248 40 30

E-Mail: inserate@tages-anzeiger.ch

Inserate online buchen: www.adbox.ch

**Redaktion** 044 248 44 11, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich  
redaktion@tages-anzeiger.ch

**Leserbriefe** www.tagesanzeiger.ch/leserforum

**Online** www.tagesanzeiger.ch/newsnet.ch

### Kommentare & Analysen

**«Wir finden: Demokratiewurst ist eine gute Wahl. Volkstreu, griffig, sättigend.»**

David Hesse über ein erfreuliches Wort des Jahres 2016. - Seite 13

Wie die Stabhochspringerin Jelena Isinbajewa zur Cheerleaderin für Putin wurde. - Seite 32

Auf persönlichem Feldzug? Martin Kaiser zieht die Fäden bei der Rentenreform. - Seite 13

### Gemässigte SP-Gruppe organisiert sich

Nach einer hitzigen Debatte über Kapitalismus und alternative Wirtschaftsmodelle wollen sozialliberale SP-Vertreter ihre Positionen innerhalb wie ausserhalb der Partei sichtbar machen. Eine Gruppe um die Ständeräte Daniel Jositsch (ZH) und Pascale Bruderer (AG) lancierte eine Plattform für gemässigte SP-Mitglieder. Die Parteileitung begrüsst das Engagement, fordert aber von der Gruppe, künftig konkrete Vorschläge in die Diskussion um eine «Demokratisierung der Wirtschaft» einzubringen. Vom Schlagwort Klassenkampf nimmt Parteipräsident Christian Levrat Abstand, der Begriff sei veraltet. (mw) Kommentar Seite 2, Bericht Seite 5

### Posse um Haftstrasse für Hooligans

Zu Beginn des Beratungsmarathons um das Budget von Zürich gab ein eher absurder Punkt viel zu reden. Es ging um die Möglichkeit, Hooligans nahe des Letzigrunds vorübergehend festzuhalten, bis die Personalien überprüft sind. Dafür war ein Budgetposten vorgesehen, um Fahrzeugwaschboxen im Polizeistützpunkt Zürich-West mit Gittern zu versehen und sie als Haftstrasse zu nutzen. Die Aufregung unter den Parlamentariern war umsonst: Weil die Kommunikation zwischen den Departementen nicht funktioniert hatte, war untergegangen, dass das Problem anderweitig gelöst wird. Der Budgetposten wurde bereits wieder gestrichen. (TA) - Seite 17

### Beilage



Von hier: 20 himmlisch schöne Geschenke von Zürcher Labels.



## Schweiz

# «Es bleibt nur die Subventionierung»

Christoph Blocher sagt, wegen der Krise auf dem Strommarkt müsse der Staat die Schweizer Atom- und Wasserkraftwerke finanziell stützen. Bei der Masseneinwanderungsinitiative kündigt der SVP-Strategiechef weitere politische Schritte seiner Partei an.

**Mit Christoph Blocher sprachen Markus Häfliger und Raphaela Birrer**

**Die Atomausstiegsinitiative wurde mit 54 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Wie interpretieren Sie das Resultat?**

Abgestimmt haben wir über das Begehren, die Atomkraftwerke demnächst abzustellen. Dies hat die Mehrheit der Stimmbürger und der Kantone abgelehnt. Die Werke produzieren weiter. Als Votum für oder gegen die Kernenergie lässt sich das nicht deuten.

**Die enormen finanziellen Probleme der AKW bleiben aber bestehen. Wegen der tiefen Strompreise verlieren sie täglich Geld.**

Nicht nur die AKW, sondern auch die Wasserkraftwerke. Private Firmen müssen selber Lösungen finden, wenn ihre Produkte unrentabel werden. Allerdings gibt es hier ein gröberes Problem: Obwohl die schweizerischen Kraftwerke wettbewerbsfähig und kostengünstig sind, rentieren sie nicht. Der Grund: Alleine Deutschland subventioniert die unsinnige Energiewende mit insgesamt 520 Milliarden Euro, das heisst derzeit pro Jahr mit circa 30 Milliarden. Damit wird der Markt mit Strom zu Dumpingpreisen überschwemmt. Dumpingpreise sind aber verboten.

**Verboten?**

Die massiven Subventionen verstossen gegen WTO-Recht. Die Schweiz müsste eine Klage gegen Deutschland einreichen, wie dies in anderen Bereichen zum Beispiel die EU macht.

**Ein WTO-Verfahren würde Jahre dauern. Derweil verbrennen Axpo und Alpiq mit ihren Atom- und Wasserkraftwerken weiter Geld.**

Darum gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder schafft man jegliche Subventionen für alle Energieträger ab oder gewährt allen die gleichen. Besser wäre die Abschaffung, doch die ausländischen Dumpingpreise lassen uns für den Moment keine Wahl. Die Schweiz muss alle Stromproduzenten so lange gleich hoch subventionieren, bis auch das Ausland aufhört damit.

**Auch Atomstrom?**

Natürlich, alle Stromarten. Sonst kommt der Markt völlig aus dem Gleichgewicht. Es gibt keine tragbare Alternative, so lange, bis alle damit aufhören.

**Es gäbe eine Alternative: Die AKW abstellen und Strom importieren.**

Ein Land, das sich ganz auf Energieimporte verlässt, macht sich in gefährlicher Weise abhängig. Denken Sie als Beispiel an die Gaslieferungen Russlands an die Ukraine.

**Welches Modell favorisieren Sie? Ein Quotenmodell? Eine Marktprämie?**

Man könnte den Stromversorgern einen Strommix mit einem Anteil Inlandproduktion vorschreiben.

**So wird ein Subventionssystem wie in der Landwirtschaft aufgebaut.**

Ja, auch in der Landwirtschaft halten wir mit Subventionen im Sinne der Landesversorgung eine Minimalproduktion im Inland aufrecht, weil dies ohne Subventionen nicht möglich wäre. Genauso hat die Schweiz beim Strom ein vitales Interesse an einer minimalen Selbstversorgung, aber sie könnte ohne Subventionen leben, wenn das Dumpingpreisverbot durchgesetzt würde.

**Wer soll die Initiative für einen solchen Systemwechsel ergreifen?**

Zuvorderst steht eine WTO-Klage. Bis dann bleibt nur noch die Subventionierung zur Sicherung des Wettbewerbs und der Selbstversorgung. Die Aussage von Alpiq-Präsident Jens Alder, er habe versucht, seine AKW ins Ausland zu verschenken, ist ein Warnruf an die Politik: «Passt auf, sonst schliessen wir unsere Werke.»

**Von links kommt die Forderung, die AKW in eine staatliche Auffanggesellschaft einzubringen.**



«Generalstabsmässige Operation»: Christoph Blocher in den Räumlichkeiten seiner Firma Robinvest in Männedorf. Foto: Urs Jaudas

Damit ginge das Risiko lediglich von den Kantonen, den wichtigsten Aktionären der Kraftwerke, auf den Bund über. Bezahlen tun dieselben: die Stromkonsumenten, die Steuerzahler oder beide.

**Sie haben in der Energiepolitik schon einmal Krisenmanager gespielt: 1988 beim Ausstieg aus dem AKW-Projekt Kaiseraugst.**

Kaiseraugst war am Ende kein Kraftwerkprojekt mehr, sondern ein ideologischer Tempel. Für die Gegner durfte er um keinen Preis entstehen. Und die Bürgerlichen wollten ihn sogar unter Ar-

**Christoph Blocher**  
Alt-Bundesrat und Strategiechef

Christoph Blocher war 27 Jahre Nationalrat und 4 Jahre Bundesrat. Heute hat der 76-Jährige kein politisches Amt mehr, ist aber weiterhin Strategieverantwortlicher der SVP. Mit Energiepolitik hat sich Blocher immer wieder befasst. Als früherer Eigentümer der Ems-Gruppe besass er mehrere Wasserkraftwerke, die er 2002 an die damalige NOK, eine Tochterfirma der Axpo, verkaufte. 1988 war Blocher eine treibende Kraft beim Ausstieg aus dem AKW-Projekt Kaiseraugst. Er war im Parlament Mitunterzeichner einer Motion, die den Weg bahnte zum Projektabbruch und zu einer Entschädigung der Betreiberfirma. (TA)

meenschutz errichten, bloss um zu zeigen, dass sie sich durchsetzen können. Ich gestand ein, dass Kaiseraugst nach so langer Planungszeit nicht mehr realisierbar war. Wie wir den Ausstieg durchzogen, war schliesslich eine generalstabsmässige Operation.

**Generalstabsmässig?**

Wären unsere Pläne durchgesickert, wären wir gescheitert. Am Vorabend unserer Pressekonferenz war ich in Bern an einem Essen und liess mir die Presseunterlagen in einer Tortenschachtel liefern, damit in der Tischrunde niemand etwas merkte. Am nächsten Tag setzten wir die Pressekonferenz um 17 Uhr an - damit die Journalisten keine Zeit hatten, kritische Reaktionen einzuholen. (lacht)

**Gibt es Parallelen zur heutigen Situation der AKW?**

Deutschland wird seine Dumpingpreise bald nicht mehr finanzieren können. Dann sind alle unsere Kraftwerke wieder konkurrenzfähig. Als Betreiber würde ich die Krise durchseuchen.

**Alpiq bietet 49 Prozent ihrer Wasserkraftwerke zum Verkauf. Wäre es ein Problem, wenn die Käufer aus dem Ausland kämen?**

Ja. Wenn sie die Mehrheit bekommen, könnten sie die Kraftwerke abstellen.

Deshalb sollte der Bund per Gesetz verhindern, dass wichtige Infrastrukturen in ausländische Hände geraten.

**SP-Nationalrätin Jacqueline Badran fordert, kritische Infrastrukturen der Lex Koller zu unterstellen.** Diese Idee geht in die richtige Richtung.

**Die Energiestrategie 2050 will den Atomstrom durch erneuerbare Energien ersetzen. Warum bekämpft die SVP das mit dem Referendum?**

Die Energiestrategie ist ein gigantisches Umverteilungsprojekt, wir schaffen so eine Planwirtschaft, schlimmer als in Deutschland. Und sie gefährdet die sichere, kostengünstige, umweltfreundliche Energieversorgung.

**Die SVP argumentiert mit falschen Zahlen. 3200 Franken koste die Energiewende jährlich pro Haushalt. Sie rechnen so eine Lenkungsabgabe mit ein, über die das Parlament noch gar nicht entschieden hat.**

3200 Franken sind richtig und sind nachzurechnen. Das Energiegesetz, gegen das jetzt das Referendum läuft, beschliesst die Ziele, Massnahmen und Kosten für die Energiestrategie. Das Parlament hat Profiteure definiert und so bei diesen Interessengruppen eine Zustimmung gekauft. Doch jemand muss

die Kosten von 150 bis 200 Milliarden Franken bezahlen. Es werden die Konsumenten, die Steuerzahler, die Haushalte und die KMU sein. Das soll im zweiten Paket mit einer Lenkungsabgabe und massiv höheren Energieabgaben auf Benzin, Diesel und Öl erfolgen. Darum müssen wir bereits die zugrunde liegenden Kosten verhindern.

**Eine Lenkungsabgabe ist aber im Parlament kaum mehrheitsfähig. Auch die FDP ist dezidiert dagegen.**

So oder so: Jemand muss bezahlen, entweder die Stromkonsumenten, die Steuerzahler oder beide. Das macht pro vierköpfigen Durchschnittshaushalt 3200 Franken aus. Planwirtschaft kostet.

**Wie wollen Sie das Referendum gewinnen? Sie sagen selbst, dass die Energiestrategie Zückerchen für viele Interessengruppen enthält.**

Die Profiteure sind machtvolle Minderheiten. Die Energiekonsumenten und Steuerzahler sind die Mehrheit. Sie bezahlen. Ich bin zuversichtlich. Baselland zum Beispiel hat am 27. November eine kantonale Energiesteuer abgelehnt, obwohl die Bürger der Ausstiegsinitiative zugestimmt haben. Gleiche Volksentscheide gab es zuvor in Freiburg und Schaffhausen.

**«Ich liess mir die Presseunterlagen in einer Tortenschachtel liefern, damit niemand etwas merkte.»**

**Dagegen verzichtet die SVP auf das Referendum gegen die Umsetzung der Zuwanderungsinitiative.**

**Das klingt nach Kapitulation.**

Entschieden ist noch nichts, aber das Referendum ist hier das falsche Instrument. Mit einem erfolgreichen Referendum wäre die Initiative immer noch nicht umgesetzt, und man hätte die Fortsetzung der Masseneinwanderung wie heute. Ohne Referendum hat man den Nichtumsetzungsbeschluss des Parlaments, also den gleichen Unsinn.

**Also lanciert Ihre Partei eine Durchsetzungsinitiative zur Masseneinwanderungsinitiative?**

Dann müsste man das ganze Ausländergesetz in die Verfassung schreiben. Das ist gesetzestechnisch unmöglich. Es ist so: Wenn Politiker Volksentscheide nicht befolgen, bleibt nur noch deren Abwahl. Der Bundesrat hielt jedoch in seiner Botschaft zur Masseneinwanderungsinitiative fest: «Das Freizügigkeitsabkommen müsste spätestens nach Ablauf von drei Jahren gekündigt werden, sollte es in dieser Frist nicht gelingen, das Abkommen initiativkonform neu auszuhandeln.» Das müsste er jetzt tun, wenn er die Verfassung und sich selbst ernst nimmt.

**Die SVP wirkt unentschlossen.**

Warten Sie ab. Wir lassen in dieser Frage bestimmt nicht locker. Denn die Schweiz kann die schwerwiegenden Folgen der hohen Massenzuwanderung nicht verkraften. Dass die gewählten Volksvertreter den Volkswillen ins Gegenteil umkehren, wird sicherlich noch viel weitreichendere Konsequenzen haben.

**Welche?**

Das grosse Thema bei den nächsten Wahlen 2019 muss sein: Wie halten Sie es mit der Demokratie? Sind Sie Volksfreund oder Volksverächter?

**Das ist nur SVP-Parteihetorik.**

Nein, die Situation ist ernst. Wenn das Volk merkt, dass das Parlament Volksentscheide missachtet und diktatorisch regiert und das Bundesgericht internationales über Schweizer Recht stellt, dann gibt es früher oder später revolutionäre Zustände. An einer Versammlung in Luzern habe ich letzthin erlebt, was das bedeutet: Dort forderten Teilnehmer schäumend vor Wut, wir sollten das Bundeshaus anzünden. Wenn man das Volk entmachtet, wird das zum Problem.